

Mit allen Mitteln

Philippinischer Präsident Duterte entledigt sich schärfster Kritiker im Senat



Kritiker des Präsidenten: Der philippinische Senator und Exoffizier Antonio Trillanes wird am 25. September in Makati von Polizeioffizieren eskortiert (Foto: EPA-EFE)

Der philippinische Präsident Rodrigo R. Duterte macht sich daran, die wenigen verbliebenen Kritiker seiner Politik mundtot zu machen. Der seit 2016 amtierende Staatschef zeigt im September einmal mehr, über welch reichhaltiges Repertoire er verfügt, um Gegner einzuschüchtern oder mit rüdesten Flüchen zu überziehen. Gleichzeitig konnte er

sich des Rückhalts seiner Fangemeinde vergewissern.

Kurz vor der jüngsten Auslandsreise Dutertes Anfang September nach Israel und Jordanien kommentierte er die hohe Rate von Vergewaltigungen in der von ihm früher als Bürgermeister regierten Stadt Davao damit, daß diese »halt über viele hübsche Frauen verfügt«. Seinen »Si-

cherheitskräften« hatte Duterte zuvor empfohlen, Kombattanten der Neuen Volksarmee, der Guerilla der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP), in die Geschlechtsteile zu schießen, dann »sind sie auch als Frauen nutzlos«.

Die beiden Frauen, die es gewagt hatten, den Präsidenten öffentlich zu kritisieren und seinen brutalen »Antidrogenkrieg« anzuprangern, sind unterdessen ihres Amtes enthoben worden. Die einstige Justizministerin und Senatorin Leila de Lima wurde unter dem fadenscheinigen Vorwand, mit Drogengeldern ihren Wahlkampf finanziert und Dealer protegert zu haben, im Februar 2017 hinter Gitter gebracht. De Lima hatte es vor Jahren gewagt, Duterte der Komplizenschaft mit der Davao-Todesschwadron (DDS) zu verdächtigen. Heute brüsten sich Duterte-Getreue ungeniert damit, »Diehard Duterte Supporters« (eingefleischte Duterte-Unterstützer) zu sein.

Die Vorsitzende des Obersten Gerichtshofes, Maria Lourdes Sereno, wurde Mitte Mai dieses Jahres letztlich auf Anweisung des Präsidenten suspendiert. Ein klarer Bruch der Verfassung, die eine solche Maßnahme nur im Rahmen eines im Kongreß erzwungenen Amtsenthebungsverfahrens vorsieht.

Der Nächste auf der Abschlußliste des Präsidenten ist Senator Antonio Trillanes IV. Er ist der einzig verbliebene namhafte Kongreßabgeordnete, der Duterte, dessen Familie und Vertraute zahlreicher Verbrechen bezichtigt – von Geldwäsche, Drogengeschäften Korruption bis zu außergerichtlichen Hinrichtungen.

Vor seinem politischen Engagements war Trillanes Offizier der philippinischen Marine. Bekannt wurde er durch die Teilnahme an zwei Meutereien in den Jahren 2003 und 2007 gegen die damalige Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo. Ihr sowie den Spitzen des Militärs und der Nationalpolizei warfen die Aufständischen Korruption und schlechte Regierungsführung vor.

Aus dem Gefängnis heraus gelang dem Exoffizier die Wahl zum Senator. 2010 wurden Trillanes und seine Gesinnungsgenossen allerdings freigelassen und vom Duterte-Vorgänger, Benigno S. Aquino III., amnestiert.

Doch die Amnestie, so das Fazit der von Duterte am 31. August unterzeichneten, allerdings erst vier Tage später veröffentlichten Proklamation, sei »von Anfang an null und nichtig gewesen«. Trillanes habe laut Generalstaatsanwalt Jose Calida und Regierungssprecher Harry Roque 2009 kein schriftliches Schuldeingeständnis und kein Ersuchen um eine präsidiale Begnadigung vorgelegt. Und das, obgleich die Amnestierung seinerzeit sogar im Fernsehen übertragen worden war.

Trillanes suchte daraufhin Schutz im Senatsgebäude. Während er dort ausharrte, wiederbelebte der Gerichtshof in der Hauptstadtregion Manila kurzerhand die Anklage gegen ihn wegen Rebellion. Am 25. September wurde die Festnahme des Senators angeordnet.

Noch am selben Tag hinterlegte Trillanes eine Kaution in Höhe von 200.000 Peso (ca. 3.200 Euro), er darf aber das Land nicht verlassen. Juristen und Journalisten äußerten harsche Kritik und sprachen sogar von »kriminellen Datenmißbrauch«. Denn aus unerfindlichen Gründen sind die Amnestiedokumente, die Trillanes seinerzeit im Kriegsministerium hinterlegte, nicht mehr auffindbar.

Rainer Werning

Spekulanten horten Äpfel

In Kuba wird nach Berichten über private Bereicherung debattiert

Der kubanische Journalist Iroel Sánchez hat mit einem Artikel über Lebensmittelspekulanten in den vergangenen Tagen Hunderte von Leserzuschriften in verschiedenen Medien des Landes ausgelöst. Der von Sánchez aufgedeckte Vorfall hat auch eine Debatte über das Verhältnis von privatem Sektor und staatlicher Kontrolle in Handel und Wirtschaft neu belebt. Am 7. September beobachtete der in Havanna lebende Filmemacher Hans-Peter Weymar in dem Einkaufszentrum »La Puntilla« im Stadtteil Miramar eine für ihn zunächst unerklärliche Aktion: »Ich habe mich gewundert, mit welcher Hektik da reihenweise Apfelkartons in Autos geladen wurden«, schrieb er an Bekannte in Deutschland.

Einen Tag später löferte Sánchez in seinem Blog »La Pupila Insomne« das Geheimnis in einem Artikel unter dem Titel »Überfall in La Puntilla«. Eine Gruppe junger Leute, von denen viele T-Shirts mit USA-Flagge trugen, hatten 150 Kartons mit Äpfeln in einen Transporter der staatlichen Handelskette »Cimex« verladen, die auch das Einkaufszentrum »La Puntilla« betreibt, berichtete Sánchez. Überwacht und geleitet wurde die Aktion von dem Fahrer einer schwarzen Luxuslimousine mit privatem Kennzeichen. Auf Nachfrage des Journalisten, warum das Geschäft den Gesamtbestand von 15.000 Äpfeln an einen einzigen Privatkunden verkaufe und diesem für den Transport auch noch ein staatseigenes Fahrzeug zur Verfügung stelle, antworteten die Verkäufer: »Wir können leider nichts dagegen machen.«

Das in Kuba meistgelesene Onlineportal »Cubadebate« und die auflagenstärkste Tageszeitung »Granma« griffen das Thema auf. Innerhalb weniger Tage schlugen die Berichte hohe Wellen. Viele Leser beklagten, daß Äpfel in den Straßen Havannas und anderer Städte von Wiederverkäufern zu deutlich höheren Preisen als in den Supermärkten verkauft werden, wo



Marktstand in Havanna

(Foto: EPA)

diese und andere Produkte nicht erhältlich seien. Einige Kommentatoren unterstellten eine »Komplizenschaft« zwischen den Angestellten staatlicher Geschäfte und Schwarzmarkthändlern, verlangten eine Untersuchung, stärkere Kontrollen und Sanktionen, da das Horten und die Spekulation mit Lebensmitteln und anderen Waren zum Zwecke der privaten Bereicherung nach dem kubanischen Gesetz bei Strafe verboten sei.

Tatsächlich ergaben die Untersuchungen gravierende Gesetzesverstöße. Die verantwortlichen Chefs und Mitarbeiter des Einkaufszentrums wurden entlassen, gegen die Spekulanten wird ermittelt. Die Medien berichteten ausführlich. Am 11. September räumte »Granma« ein, daß der Vorfall in Miramar nur »die Spitze des Eisbergs« gewesen sei, und forderte die Leser auf, jeden Gesetzesverstoß zur Anzeige zu bringen. Dies läge sowohl im Interesse der Konsumenten als auch der 34.000 überwiegend korrekten Mitarbeiter des Staatsunternehmens »Cimex«, das landesweit 1.600 Geschäfte betreibt.

Das Portal »Cubadebate« hatte erst am 23. Juni über ähnliche Vorfälle in vier Läden für Baumaterialien in Havanna für Stadtteil »La Lisa« berichtet, die zur Verhaftung einer Gruppe von 36 Verkäufern und Spekulanten geführt hatte. Die Bereicherung auf Kosten der Kunden und der

Bevölkerung sei ein grober Verstoß gegen die in Kuba geltenden moralischen und ethischen Prinzipien, kommentierte der Autor.

Die im westlichen Ausland als »unabhängig« bezeichneten Contra-Medien schlugen sich dagegen auf die Seite der Täter. Die Onlinezeitung »14ymedio« der Bloggerin Yoani Sánchez bezeichnete Iroel Sánchez als »offiziellen Journalisten«, das USA-finanzierte Onlineportal »Diario de Cuba« in Madrid diffamierte ihn als »Sprecher des Regimes«, und Systemgegnerin Martha Beatriz Roque spottete per Twitter: »Was ihn am meisten störte, waren die T-Shirts mit USA-Flagge.« Mit dem Beitrag in seinem Blog habe Iroel Sánchez »provokiert, daß die Regierung Maßnahmen ergriff«, kritisierte »14ymedio« am 18. September.

Die Berichte führten vor dem Hintergrund der laufenden Debatte über eine neue Verfassung auch zu Kontroversen zwischen Anhängern der Kubanischen Revolution. Der Liedermacher Silvio Rodríguez warf Iroel Sánchez in seinem Blog »Segunda Cita« vor, die Positionen einer »Sekte« zu vertreten, die sich dem Wandel in Kuba entgegenstelle. Anlaß dafür waren offenbar Kommentare von Lesern, die eine stärkere Regulierung des privaten Sektors in der zukünftigen Verfassung forderten.

Volker Hermsdorf

Selbstdemontage

Parteitag der britischen Konservativen



(Foto PA Wire/dpa)

Die britischen Konservativen befinden sich im Niedergang. Der Parteitag in Birmingham hat dieses Bild nur verschärft. Selbst bei wichtigen Reden wie jener von Innenminister Sajid Javid am Dienstag blieben zahlreiche Sitzplätze leer. Sogar die Premierministerin und Parteivorsitzende Theresa May fehlte. Das war vielleicht besser so, denn Javid lieferte einen Freudschen Versprecher der Sonderklasse, als er einen »Krieg gegen die Hoffnung« verkündete.

Auf dem Parteitag gab es Workshops zum Thema »Wie wir Menschen im Alter von unter 45 Jahren erreichen« – das Durchschnittsalter der konservativen Mitgliedschaft liegt bei über 50. Eine konservative Lehrerin und Workshopteilnehmerin wurde von zahlreichen britischen Tageszeitungen mit den Worten zitiert: »Ich verstehe die Jugend nicht, mein Klassenzimmer fühlt sich an wie eine kommu-

nistische Konferenz«.

Über weite Strecken fehlte es an jeglicher inhaltlicher Substanz. Nicht zu überhören war indes das laute Sägen am Stuhl der Premierministerin. Exaußenminister Boris Johnson hielt eine Rede am Rande des Parteitages vor über 1.000 Delegierten, deren einziger Zweck die Demontage von May war. Nur eine Minute bevor die, begleitet von den »Dancing Queen«-Klängen der schwedischen Popband Abba, tanzend die Bühne betrat (Foto), hatte mit James Duddridge ein weiterer Abgeordneter die Absicht verkündet, einen Mißtrauensantrag gegen May stellen zu wollen.

Der große Angstgegner beim Parteitag hieß Jeremy Corbyn. Deshalb versprach Theresa May ein Ende der Austeritätspolitik und ein Wohnungsbauprogramm, nachdem sie den Oppositionsführer vorher ein weiteres Mal minutenlang als »Risiko für die nationale Sicherheit«

angepörrngert hatte. Schon 2015 agitierte der damalige Finanzminister George Osborne gegen die damals noch weitgehend neoliberale Labour-Partei. Seither ist den konservativen Strategen nichts Neues mehr eingefallen. Die Kürzungspolitik ist aber geblieben.

Im Unterschied zum vergangenen Jahr gab es dieses Mal keine größeren Unfälle während der Rede der Premierministerin. Doch ihre politischen Probleme sind während des Parteitages nicht kleiner, sondern größer geworden. Am Mittwochvormittag erhielt sie unbetenen Besuch von Arlene Foster, der Vorsitzenden der nordirischen Democratic Unionist Party. Von den Stimmen dieser Partei hängt die konservative Regierungsmehrheit in Westminster ab. Foster drohte unvorherzogen mit der Aufkündigung des Tolerierungsabkommens, sollte Theresa May Grenzkontrollen zwischen Nordirland und dem Rest Britanniens zustimmen. Genau dies hatte May kurz zuvor als Kompromißvorschlag für die Austrittsverhandlungen mit der EU in den kommenden Tagen in Aussicht gestellt.

Und doch verbietet sich für das linke Lager Britanniens jede Häme. Dafür plagen Labour zu viele eigene Widersprüche, deren Überwindung auf ihrem Parteitag in Liverpool kaum angegangen wurde.

Christian Bunke, Manchester